

Der HSGB im Gespräch mit ..., Freitag, 10. April 2015

Ländlicher Raum: Integrationspotenziale nutzen!

Mit Gudrun KIRCHHOFF von der Schader-Stiftung sprach SCHELZKE im März über Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in kleineren und mittleren Kommunen. KIRCHHOFF ist Soziologin und verantwortlich für das Stiftungs-Projekt: "Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel". Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des sich abzeichnenden Fachkräftemangels haben die Themen Zuwanderung und Integration gerade in den Gemeinden des ländlichen Raums an Bedeutung gewonnen.



Die Kommunen in den strukturschwachen ländlichen Regionen stehen vor großen Herausforderungen. Ihre Bewohnerschaft schrumpft und altert, gleichzeitig wird die Gesellschaft sozial und kulturell vielfältiger und viele Regionen haben mit der Abwanderung von qualifizierten Fachkräften zu kämpfen. Dies hat Folgen nicht nur für das Zusammenleben, sondern für die Kommune als Wohn- und Wirtschaftsstandort insgesamt. Integration von Zuwanderern ist deshalb ein wichtiges Zukunftsthema.

Gudrun KIRCHHOFF konstatiert, dass in den Gemeinden Zuwanderung aber bisher eher als Problem denn als Potenzial wahrgenommen wird. Einwanderung lässt sich in die entwicklungsstrategische Planung einer Kommune als wichtiges Element einbauen, um der weiteren Ausdünnung der ländlichen Regionen entgegenzuwirken. Mehr noch, die Kommunen sind aufgefordert, ihre Attraktivität für Menschen mit Migrationshintergrund zu steigern. Derartige strategische Wandlungsprozesse können durch eine Vielzahl von Projekten gefördert werden und erfordern oft einen „Kulturwandel“, der Zeit benötigt.

Das bundesweite Stiftungs-Projekt: "Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel" der Schader-

Stiftung ist abgeschlossen. Die Ergebnisse und Praxisbeispiele aus den Projektkommunen sind im 160 Seiten starken Band „Interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur in strukturschwachen ländlichen Regionen – Ein Handbuch für Kommunen“ dargestellt. Der große Bedarf an entsprechenden Informationen in den Kommunen wird dadurch deutlich, dass die erste Auflage des Bandes komplett vergriffen ist. Gudrun KIRCHHOFF beobachtet, dass das Thema besonders stark in den Landkreisen angekommen ist, die sich für die Integrationsprozesse in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden verstärkt in der Verantwortung sehen.

Aber auch in den Gemeinden rücken die Themen „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung“ und „Willkommenskultur“ und damit die Anforderungen an die Aufnahmegesellschaft stärker in den Fokus. Die Entwicklung der Bevölkerung in den ländlichen Räumen und die Anforderungen der regionalen Arbeitsmärkte haben diese Neuausrichtung begünstigt.

Manche Städte und Gemeinden haben erkannt, dass ihre Entwicklung auch von der Erschließung vorhandener Potenziale und der Gewinnung neuer Bewohner abhängt. „Spanier für Spangenberg“ ist ein Beispiel für eine solche Werbung einer Kommune.

Unter dem „Druck der Demografie“ vollziehen sich Öffnungsprozesse in den ländlichen Kommunen gegenüber Migrantinnen und Migranten. Da ist sich Karl-Christian SCHELZKE, der Geschäftsführer des HSGB, sicher. Und er führt die aktuelle stark angewachsene Aufnahme von Flüchtlingen in den Städten und Gemeinden ins Feld. Denn nach der Phase des Ankommens, des Spracherwerbs und der Klärung des Aufenthalt-Titels bedarf es einer beruflichen Perspektive für die zum Teil hochqualifizierten Menschen.

KIRCHHOFF warnte hier vor einer Überforderung von kleinen Kommunen. Viele ländliche Gemeinden hätten wenig Erfahrung mit Migration, da sich die Zuwanderer schwerpunktmäßig im Ballungsraum oder in den größeren Klein- und Mittelstädten des ländlichen Raums ansiedeln. Zum anderen gehöre zur Einbindung von Neuzuwanderern in den Gemeinden eine entsprechende Infrastruktur, die nicht allein ehrenamtlich organisiert werden könne. Und „Flüchtlinge werden die ländlichen Räume nicht retten“, dafür wären allein die Zuzugszahlen zu gering, auch wenn der derzeit große Zustrom viele Kommunen bei der Unterbringung und Betreuung vor große Herausforderungen stellt. Ungeachtet ihres Status sollten Asylbewerber in die kommunalen Integrationsprozesse einbezogen werden, um Fremdheit zu begegnen, Akzeptanz zu schaffen und das Zusammenleben zu stärken.

SCHELZKE sprach die Vermittlung des Themas Zuwanderung an. Die Notwendigkeit einer kommunalen Öffnung für Menschen aus anderen Ethnien und Kulturen werde von vielen Verwaltungsspitzen in den Gemeinden anerkannt. Es fehle aber oft an der sprichwörtlichen Basis an dem Willen, sich für die vermeintlich Fremden zu öffnen. Hier helfe das Auslösen von Betroffenheit. Die Folgen des demografischen Wandels für die einzelne Kommune müsse nicht nur dargestellt werden, so SCHELZKE, sondern visualisiert werden: „Die Menschen brauchen Bilder, Bilder ihrer Gemeinde, auf denen deutlich wird, in wenigen Jahren lebt hier kein Mensch mehr, wenn wir nicht aktiv werden!“ SCHELZKE verwies auf eigene Erfahrungen bei Bürgerversammlungen und Leitbildprozessen in ländlichen Gemeinden.

KIRCHHOFF betonte, dass es vor allem darauf ankommt, Begegnungen von Einheimischen und Zuwanderern zu fördern. Gerade kleine Gemeinden in ländlichen Regionen neigten mitunter zu Abschottungstendenzen gegenüber Fremden, ganz gleich aus welcher Region sie zuwandern. Da es jenseits der Ballungsräume wenige Selbstorganisationen der Migranten gebe und damit institutionelle Ansprechpartner fehlen, müssen andere Zugänge zu den Communities der Zuwanderer gefunden werden. „Ein Dorffest, eine Einladung durch den Bürgermeister zu einer Feier oder einer Sportveranstaltung bringen die Menschen zueinander,“ so KIRCHHOFF.

Für Karl-Christian SCHELZKE können die Kommunen aber nicht allein gelassen werden, um die Potenziale der Zuwanderung zu heben. Leider gebe es gerade für die Auswirkungen des demografischen Wandels eine Fülle von kleinen und kleinsten Förderprogrammen und Förderansätzen, die für die Kommunen dringend gebündelt werden müssen, auch um wirklich strukturell Änderungen im ländlichen Raum zu erreichen.

Gudrun KIRCHHOFF verwies auf gute Erfahrungen mit dem Programm „Soziale Stadt“. Hier würden Maßnahmen miteinander verknüpft, die ein städtisches Quartier verbessern können. Analog sei ein Programm für den ländlichen

Raum sinnvoll, in dem so unterschiedliche Themen wie die Infrastruktur, die Versorgung, aber auch der regionale Arbeitsmarkt und die Integration von Zuwanderern mitbedacht und die Förderprogramme des Bundes und des Landes verzahnt werden.

KIRCHHOFF und SCHELZKE zeigten sich einig in der Notwendigkeit, hier spürbare Impulse für die Gemeinden zu geben: „Mit dem intensiver geführten nationalen Diskurs über Integration in den letzten Jahren haben die ländlichen Räume zunehmend an Bedeutung gewonnen und die Themen Zuwanderung und Integration in das Zentrum der lokalen Politik kleiner und mittlerer Kommunen gerückt. Insbesondere Kommunen in ländlichen Regionen sind stark von Schrumpfungs- und Alterungsprozessen betroffen und auf die Erschließung neuer Potenziale zur Stabilisierung ihrer Entwicklung angewiesen. Hier gilt es in der Strukturpolitik noch stärker als bisher anzusetzen.“